

Länderstudie

Großbritannien: Offensive gegen industriellen Niedergang S. 2

Demografie

Berlin wächst, Sachsen-Anhalt schrumpft S. 3

Länderstudie

Wirtschaftspolitik unter Trump S. 4

Produktivität**Jobwunder drückt Produktivitätszunahme**

Wie in vielen anderen Industrieländern ist das Produktivitätswachstum auch in Deutschland im längerfristigen Vergleich deutlich langsamer geworden. Was sind die Gründe hierfür?

Noch in den frühen 1990er Jahren erlebte Deutschland Produktivitätszuwächse von mehr als 2 Prozent jährlich. Zu Beginn dieses Jahrzehnts ist dieser Wert auf im Schnitt unter ein Prozent gefallen und seitdem praktisch nicht mehr angestiegen. Vor allem in der Industrie sowie im Handel hat sich die Entwicklung verlangsamt. Ökonomen des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel finden fünf Gründe dafür, warum das Produktivitätswachstum so stark gebremst wurde. Einige davon, so das Institut, seien aber nur vorübergehende Faktoren – der Trend könne nach einiger Zeit wieder stärker nach oben zeigen.

Erfolge am Arbeitsmarkt

Ein Hauptgrund für das gesunkene Produktivitätswachstum war paradoxerweise der Erfolg am Arbeitsmarkt: In den letzten Jahren haben viele arbeitslose Menschen wieder eine Beschäftigung gefunden – allerdings übernahmen sie oft niedrig bezahlte Jobs mit geringer Produktivität. So wurde der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt der Produktivität gedrückt. Auch der verstärkte Zuzug von Immigranten aus Mittel- und Osteuropa seit 2011 trug

Wirtschaft für den Unterricht**Newsletter per E-Mail**

Ab April 2018 wird der Newsletter weiter in bewährter Form erscheinen – dann aber nicht mehr in einer gedruckten Version, sondern als **Online-Ausgabe**, die Sie als **E-Mail abonnieren** können. Wenn Sie den schul|bank-Newsletter über das Frühjahr hinaus beziehen möchten, nutzen Sie unsere **Anmelde-möglichkeit** unter www.schulbank.de. Wir freuen uns, Ihnen auch künftig Informationen für Ihren Wirtschaftsunterricht zur Verfügung stellen zu dürfen.

Die Redaktion

zu einer schwächeren Produktivitätsentwicklung bei. Zweiter wichtiger Grund für die eher schwache Produktivitätsentwicklung ist, dass die Digitalisierung in der deutschen Wirtschaft laut IfW weniger beflügelnd wirkt als etwa in den USA. Insgesamt habe die deutsche Wirtschaft weniger intensiv in moderne Informations- und Kommunikationstechnologien investiert als die amerikanische. Auch sei die deutsche Wirtschaft kleinteiliger und oftmals hochspezialisiert, weswegen sie nicht so einfach standardisierte Computerprogramme verwenden könne. In Amerika haben dagegen Konzerne wie Google viel mehr Potenzial für Skaleneffekte beim Einsatz von Software.

Weitere Gründe für die Abnahme des Produktivitätswachstums sind laut IfW der Trend zu mehr Dienstleistungen sowie der einigungsbedingte Produktivitätsboom zu Anfang der 1990er Jahre: Nach der Wiedervereinigung gab es im Ostteil des Landes Aufholprozesse, die zwangsläufig irgendwann zu Ende waren. Der letzte Grund dürfte für fast alle westlichen Gesellschaften gelten: die demografische Entwicklung. Die fortschreitende Alterung der Bevölkerung dämpft das Potenzial für Produktivitätsfortschritte. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die individuelle Arbeitsproduktivität mit zunehmendem Alter zunächst steigt und dann sinkt, heißt es im Gutachten.

Länderstudie

Großbritannien: Offensive gegen industriellen Niedergang

Die Regierung in London will mit einer industriepolitischen Offensive den seit Jahrzehnten andauernden Niedergang der britischen Industrie stoppen.

Ende 2017 stellte die britische Regierung ihre lange angekündigte „Industrielle Strategie“ vor. Wirtschaftsminister Clark hat vier Felder ausgemacht, auf denen die britische Wirtschaft weltweit führend werden soll: Künstliche Intelligenz und Big Data, „grünes“ Wirtschaftswachstum, Mobilität der Zukunft sowie Angebote für eine alternde Gesellschaft. Der Aktionsplan der Regierung ist eine Mischung aus neuen und bereits bekannten Vorhaben. So sollen unter anderem die technische Ausbildung an den Schulen verbessert und mehr berufliche Umschulungsmaßnahmen angeboten werden. Die Regierung stellt außerdem Geld bereit für ein Netz von Ladestationen für Elektroautos und mehr schnelle Internetverbindungen.

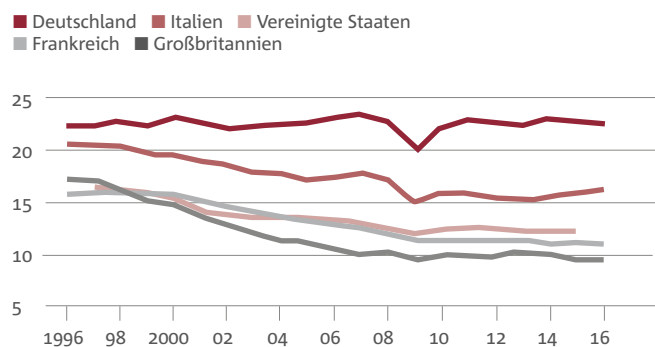
Wirtschaftlicher Niedergang vieler Regionen

Hintergrund: In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich in Großbritannien der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wirtschaftsleistung auf weniger als 10 Prozent fast halbiert. Die

Deindustrialisierung hat zum wirtschaftlichen Niedergang vieler Regionen auf der Insel maßgeblich beigetragen. Dienstleistungen dominierten immer stärker. Neu geschaffene Jobs in der Industrie wiederum sind meistens schlecht bezahlt, denn eine weitere Schwäche der britischen Wirtschaft ist ihre chronisch schlechte Produktivität: Inzwischen liegt sie um 15 Prozent unter dem Durchschnitt der G7-Staaten. Ökonomen führen das nicht zuletzt auf die im internationalen Vergleich sehr niedrigen Investitionen in Großbritannien zurück.

Industrieproduktion

Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Prozent



Quellen: Britische Regierung, Weltbank.

UM 2,2%

haben sich die Arbeitskosten in Deutschland im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht. Den Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge stiegen die Bruttoverdiens-

te der Arbeitnehmer in diesem Zeitraum um 2,2 Prozent, die Lohnnebenkosten sogar etwas stärker um 2,4 Prozent. Die steigenden Löhne sind Ausdruck der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Der Schnitt im Euroraum lag bei 1,8 Prozent, in der gesamten EU betrug er 2,2 Prozent. Am deutlichsten stiegen die Arbeitskosten in Ungarn und Rumänien.

Lektüre-Tipp:

Frank Trentmann: Herrschaft der Dinge. Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute, Deutsche Verlags-Anstalt (DVA), München 2017, 1104 Seiten, 40,00 EUR

Wer keine Scheu vor vielen nützlichen Informationen und einem dicken Wälzer hat, der liegt mit diesem Buch genau richtig. Der Historiker Frank Trentmann, der am Birkbeck College in London unterrichtet, hat über die Geschichte des Konsums von der Renaissance bis hin zur Wirtschaft der Gegenwart geschrieben. Herausgekommen ist ein beeindruckend recherchiertes und gut lesbares Werk, das aus dem Wissensfundus verschiedener akademischer Disziplinen schöpft. Eine seiner Stärken besteht darin, dass nicht bloß die materielle

Geschichte des Konsums am Beispiel einzelner Güter und Handelsrouten erzählt wird, sondern auch eine kulturelle. Trentmann interessiert jenseits aller Empirie stets auch die emotionale Dimension des Konsums. Die gängige Vorstellung, nach der Konsumgesellschaften primär ein US-amerikanisch geprägtes Phänomen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind, weist Trentmann übrigens zurück. Stattdessen zeigt er Konsum-Ausprägungen innerhalb verschiedener Jahrhunderte, Kontinente und politischer Systeme auf.

Finanzmärkte im Blick

Prognostiker haben sich geirrt

Wie gewohnt stellten Analysten und Fachwelt zum Jahreswechsel 2016/2017 Prognosen an, in welche Richtung sich die Märkte in den kommenden zwölf Monaten entwickeln werden – und lagen mit vielen ihrer Vorhersagen falsch. Anfang des Jahres etwa lautete die gängige Überlegung wie folgt: Der neugewählte US-Präsident Trump wird mit Milliarden-Investitionen, Deregulierungen und Steuererleichterungen die US-Wirtschaft ankurbeln. Das werde zu einem Anstieg der Inflation in den USA führen, woraufhin auch die US-Zinsen steigen werden. Ein Jahr später weiß man: Vieles ist bloße Ankündigung geblieben; folgerichtig blieb auch der größte Teil der von Experten vorhergesagten Entwicklungen an den Finanzmärkten aus. Die Inflationsrate in den USA etwa verharrt seit Monaten deutlich unterhalb der Marke von 2 Prozent. Die Zinsen amerikanischer Staatsanleihen sind ebenfalls nicht weiter gestiegen, haben sich von ihren Anfang 2017 erreichten Hochständen wieder leicht nach unten entfernt. Und auch der Dollar ist im Jahresverlauf

nicht stärker geworden, sondern schwächer. Angesichts dieser Irrtümer wundert es nicht, dass die Fachleute mit ihren Vorhersagen für die Börse zum Großteil falsch lagen – allerdings auf kuriose Weise: Der vorhergesagte Aufschwung an der US-Börse wurde in der Realität deutlich übertroffen. Ein Blick auf die Prognosen, die Experten am Anfang des laufenden Jahres für die großen Aktienindizes abgegeben haben, macht das deutlich: Den US-Blue-Chip-Index Dow Jones sahen sie zum Jahresende 2017 bei knapp 20.200 Punkten. Tatsächlich steht der Dow aktuell bei mehr als 23.500 Punkten. Und auch für den Dax waren die Vorhersagen zu vorsichtig: Er lag kürzlich bei 13.500 Punkten und notiert aktuell bei rund 13.000. Die durchschnittliche Prognose vor einem Jahr lautete hingegen, er werde bis Ende 2017 nur moderat auf gut 11.600 Punkte steigen. Hauptgründe für die erfreuliche Entwicklung an der Börse dürften die robuste Weltwirtschaft sowie die zum Großteil positive Geschäftsentwicklung der Unternehmen gewesen sein.

»Der vorhergesagte Aufschwung an der US-Börse wurde in der Realität deutlich übertroffen.«

Demografie

Berlin wächst, Sachsen-Anhalt schrumpft

Entgegen früherer Prognosen wird die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahren zunehmen. Die einzelnen Regionen werden davon aber unterschiedlich betroffen sein.

Der Zuzug von Flüchtlingen und Migranten sowie die gestiegene Geburtenrate haben demografische Konsequenzen: Der Bevölkerungsprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zufolge wird die Bevölkerung in Deutschland bis etwa Mitte der 2020er Jahre deutlich steigen. In den einzelnen Bundesländern fällt die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich aus: Während die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt bis 2035 voraussichtlich um fast 11 Prozent zurückgeht, wird Berlin dann 14,5 Prozent mehr Einwohner haben als 2015. Die deutsche Hauptstadt wächst damit innerhalb von 20 Jahren um gut 500.000 Köpfe. Aber auch Metropolen wie Hamburg und München gehören zu den künftigen Bevölkerungsgewinnern.

Bevölkerungseinbußen werden nicht ausgeglichen

Zu den Bundesländern, in denen die Einwohnerzahl weitgehend konstant bleiben dürfte, gehört unter anderem Nordrhein-Westfalen. Das Statistische Bundesamt ging vor kurzem noch von einem Rückgang um 3,4 Prozent aus, nun profitiert das bevölkerungsreichste Land jedoch in besonderem Maße von den Zuwanderern. Mit einer deutlich negativen Bevölke-

rungsentwicklung muss hingegen neben Sachsen-Anhalt auch Thüringen rechnen. Zwar verlassen mittlerweile nur noch wenige junge Leute diese Bundesländer, der Aderlass der letzten Jahrzehnte wird jedoch nicht durch Zuwanderung ausgeglichen. Zudem zieht es im Osten viele Menschen in die Großstädte.

Bevölkerungsentwicklung: Boomtown Berlin

IW-Bevölkerungsprognose; Veränderung der Einwohnerzahl von 2015 bis 2035 in Prozent

Berlin	14,5
Hamburg	9,1
Bayern	3,9
Baden-Württemberg	3,1
Hessen	2,6
Nordrhein-Westfalen	0,5
Niedersachsen	0,4
Bremen	0,2
Rheinland-Pfalz	0,0
Schleswig-Holstein	-0,1
Sachsen	-3,0
Brandenburg	-4,4
Mecklenburg-Vorpommern	-4,8
Saarland	-6,8
Thüringen	-10,2
Sachsen-Anhalt	-10,6

Quelle: iwD, September 2017.

Im Fokus

Länderstudie

Wirtschaftspolitik unter Trump

Donald Trump hat in seinem Wahlkampf u. a. mit dem Versprechen punkten können, Steuern massiv zu senken und die Handelspolitik strikt nach amerikanischen Interessen auszurichten. Zum Ende des Jahres scheint er mit einer großen Steuerreform einen ersten Erfolg erzielen zu können. Wie sieht seine wirtschaftspolitische Bilanz nach einem knappen Jahr aus?

Ein Jahr nach der Wahl Trumps ist die US-Konjunktur recht stabil. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts könnte die vom Internationalen Währungsfonds für 2017 erwartete Marke von 2,2 Prozent noch übertreffen, die Arbeitslosigkeit liegt bei deutlich unter fünf Prozent. Die Leitzinserhöhungen der Fed signalisieren, dass die Notenbank mit einer weiter wachsenden Wirtschaft rechnet. Auch die boomenden Aktienmärkte zeugen davon, dass die Anleger optimistisch in die Zukunft schauen.

Defizite in der Handelsbilanz und beim Haushalt

Zur bisherigen Bilanz zählt allerdings auch, dass sich das von Trump besonders kritisch beäugte US-Außenhandelsdefizit erneut auf einem Höchststand befindet. Und auch das US-Haushaltsdefizit wird neuen Berechnungen zufolge in den ersten zwei Amtsjahren von Präsident Donald Trump höher ausfallen als ursprünglich erwartet. Wegen geringerer Steuereinnahmen und höherer Ausgaben für die Gesundheitsversorgung im Militär dürfte die Lücke im laufenden Fiskaljahr und 2018 insgesamt um fast 250 Milliarden Dollar größer sein als zunächst berechnet, erklärte der Direktor des unabhängigen Congressional Budget Office (CBO), Mick Mulvaney, in einer Mitteilung an den Kongress. Trump hatte angekündigt, das Defizit des Bundes insbesondere durch höhere Steuereinnahmen infolge eines stärkeren Wirtschaftswachstums sowie durch Reformen wie die des Gesundheitssystems auszugleichen.

Wenig umgesetzt

Inwieweit also haben Trumps Agenda und Politik bislang tatsächlich gefruchtet? Die Antwort müsste wohl lauten: „kaum“, denn in den ersten zehn, elf Monaten vermochten Trump und die Führung seiner Partei ungeachtet der republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses wirtschaftspolitisch wenig zu bewirken. Zwar konnte der Präsident bei seiner Anhängerschaft mit einigen symbolischen Entscheidungen punkten, etwa mit dem Ausstieg aus dem Handels- und Investitionsabkommen mit Pazifikstaaten (TPP) sowie aus dem Pariser Klima-Abkommen, auch mit Strafzöllen auf kana-

disches Holz und auf Stahlimporte einzelner Unternehmen. Doch einige seiner im Wahlkampf angekündigten wirtschaftspolitischen Vorhaben stecken nach wie vor politisch fest.

Unter anderem scheiterte bislang der Versuch, die Gesundheitsreform seines Vorgängers Barack Obama umzukehren – für den Präsidenten bedeutete dies einen Gesichtsverlust. Das NAFTA-Abkommen mit Kanada und Mexiko hat Trump – trotz mehrfacher Ankündigungen – noch nicht aufgekündigt. Mit diesem Vorhaben ist er bislang am parteiinternen Widerstand der Republikaner gescheitert, selbst wenn der Präsident diesen Schritt ohne Beteiligung des Kongresses einleiten könnte. Auch die von den Republikanern im Repräsentantenhaus zunächst geforderte Grenzausgleichssteuer ist vom Tisch; die Steuer würde Importe in die USA erheblich verteuern und Exporteure günstiger stellen.

Steuerreform

Immerhin: Mit der groß angelegten Steuerreform von Anfang Dezember, die in zwei unterschiedlichen Versionen beide Häuser des Kongresses erfolgreich passiert hat, steht Trump – Stand Mitte Dezember – der erste bedeutende politische Sieg seiner Amtszeit bevor. Einigen sich Repräsentantenhaus und Senat schnell auf einen gemeinsamen Text, könnte der Präsident noch vor Jahresende ein Gesetz unterschreiben, das massive Steuersenkungen bewirken wird. Die Steuerreform ist eines von Trumps wichtigsten Reformprojekten. Weil es aber auch in den Reihen der Republikaner Widerstand gab, war ein Erfolg des Vorhabens lange ungewiss.

Die beiden Vorlagen von Senat und Repräsentantenhaus unterscheiden sich zwar in verschiedenen Punkten, stimmen aber in ihrer Zielrichtung überein. Im Kern geht es um die Senkung der (im internationalen Maßstab vergleichsweise hohen) Körperschaftsteuer für Unternehmen von derzeit 35 auf 20 Prozent. Aber auch die Einkommensteuer soll mit dem Ziel gesenkt werden, vor allem die Mittelschicht zu entlasten. Über die Frage, wer die tatsächlichen Nutznießer dieser Steuerreform sind, wird allerdings kontrovers gestritten. Das Congressional Budget Office rechnete vor, dass mittelfristig vor allem Haushalte mit Einkommen unter 40.000 Dollar schlechter gestellt wären, während die Reichsten im Land profitieren würden.

Welche Folgen hätte die Steuerreform für den Staatshaushalt? Die Initiatoren der Vorlage gehen davon aus, dass das wegen der Steuererleichterungen zu erwartende Wirtschaftswachstum die unvermeidlichen Einnahmeverluste weitgehend wettmachen werde. Unabhängige Wirtschaftsexperten fechten diese Einschätzung an. Berechnungen (wiederum) des CBO

Im Fokus

zufolge würde Trumps Wirtschaftskurs bis 2027 nicht zu einer schwarzen Null führen. Tatsächlich werde das US-Defizit in jedem einzelnen Jahr über dem Wert von 2016 liegen. Knackpunkt bei den Berechnungen sind die unterschiedlichen Annahmen für das erzielbare Wirtschaftswachstum. Trumps Team kalkuliert mit mindestens 3 Prozent Wachstum pro Jahr. Das CBO hält hingegen im Schnitt 1,9 Prozent für realistisch. Trump will die Steuerreform übrigens auch mit der Abschaffung der Krankenversicherungspflicht finanzieren.

Sorgenvoller Blick aus Europa

Sorgenvoll schaut man auch von außerhalb der USA auf die Steuerreform und auf die weiteren steuerpolitischen Vorhaben der Administration Trump bzw. der republikanischen Kongressmehrheit. Europäische Unternehmen befürchten etwa, durch einige Spezifika ins Hintertreffen zu geraten, vor allem durch die vom amerikanischen Repräsentantenhaus und Senat vorgeschlagene Importbesteuerung. Diese geplante Sondersteuer hätte zwar nicht die einschneidenden Wirkungen wie die inzwischen verworfene Grenzausgleichssteuer, die alle Waren aus dem Ausland verteuert hätte. Der US-Kongress diskutiert nun aber darüber, konzerninterne Importe mit einer Sondersteuer zu belegen.

Unklar ist nach wie vor, wie diese Sondersteuer im Detail aussehen soll. Der Vorschlag des Repräsentantenhauses sieht vor, eine 20-prozentige Steuer auf Zahlungen an ausländische Konzerneinheiten zu erheben. Diese „Import Excise Tax“ betraf Lizenzgebühren und Dienstleistungsentgelte, aber keine Zinsen. Sie würde nur bei größeren multinationalen Konzernen erhoben. Der US-Senat empfiehlt dagegen eine zehnprozentige Mindeststeuer für konzerninterne Importe in die USA. Betroffen davon wären US-Gesellschaften von Konzernen, die über der Umsatzschwelle von 500 Millionen Dollar liegen. Die USA, so zumindest die offizielle Begründung für die Einführung einer Importsteuer, wollen künftig Gewinnverschiebungen erschweren, bei denen Firmen Teile ihres Geschäfts künstlich in Steuerparadiese verlagern.

Nach Meinung der deutschen Wirtschaftsverbände geht die Importsteuer aber weit über die Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung hinaus. Die europäischen Finanzminister befürchten, dass das US-Konzept am Ende Elemente enthält, die das internationale Steuer- und Handelssystem in Turbulenzen stürzen könnten. Sie haben Zweifel, ob die USA damit nicht gegen WTO-Regeln der Anti-Diskriminierung und gegen den Grundsatz der Doppelbesteuerung verstoßen würden. Gerade deutsche Unternehmen führen in großem Umfang Produkte und Dienstleistungen in die USA ein und wären damit von der Steuer betroffen.

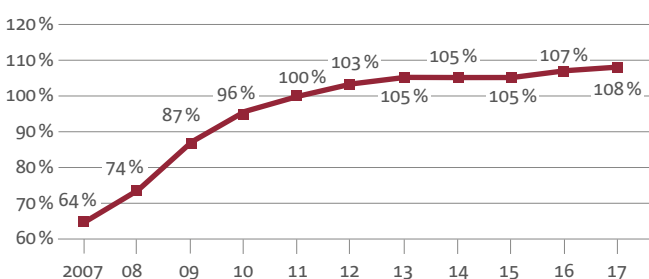
Gewinne sollen zurückgeführt werden

Darüber hinaus sehen die jetzigen Pläne des Kongresses die Möglichkeit vor, dass im Ausland erzielte Unternehmensgewinne US-amerikanischer Firmen in Zukunft deutlich geringer besteuert werden. Bisher wurden zurückgeführte Gewinne mit dem Körperschaftsteuersatz (von aktuell noch 35 Prozent) belegt. Künftig soll jedoch jenseits dessen, was Großunternehmen im Ausland an Steuern abführen, in den Vereinigten Staaten keine weitere Steuer anfallen. Außerdem soll es die Option geben, frühere Gewinne aus dem Ausland mit einem sehr geringen Satz zu versteuern, wenn US-Unternehmen sie zu Hause reinvestieren. Sollte es tatsächlich zu diesen Änderungen kommen und obendrein der Körperschaftsteuersatz auf 20 Prozent reduziert werden, dürfte viel Kapital in die USA fließen.

Kurzfristige Konfliktherde

Könnte die Steuerpolitik der USA also zu einem Zankapfel zwischen den USA und der EU werden, so gilt das nach wie vor auch für die Handelspolitik. Hier stellt sich die Frage, welche Schritte Trump im Streit um „Dumping-Stahl“ und weltweite Überkapazitäten unilateral einleiten wird. Nach US-Recht kann der Präsident nahezu ohne Beteiligung des Kongresses gegen Handelspartner vorgehen. Die US-Handelsbehörde hat beim Treffen eines OECD-Stahlforums Ende September erklärt, sie werde sich mit „rechtmäßigen Handelsschutzinstrumenten“ gegen unfaire Handelspraktiken zur Wehr setzen. In einer offiziellen Erklärung Ende des Jahres kommt die US-Regierung zu dem Schluss, das Forum sei nicht effektiv genug in der Bekämpfung „unfairer“ Handelspraktiken. Noch will sie mit den Partnern im Stahlforum zusammenarbeiten. Gleichzeitig behält sich Trump vor, doch noch unilateral Strafzölle gegen Stahlimporte zu erheben. Einer der größten Verlierer wären Stahlunternehmen aus der EU, vor allem aus Deutschland. Weiten die USA oder die EU den Konflikt aus – etwa durch Gegenzölle auf Produkte anderer Industrien –, ständen größere handelspolitische Konflikte bevor.

USA: Staatsverschuldung von 2007 bis 2017 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)



Quelle: IMF; Statista 2017.

Konsum

Bücher: Laden vor Internet

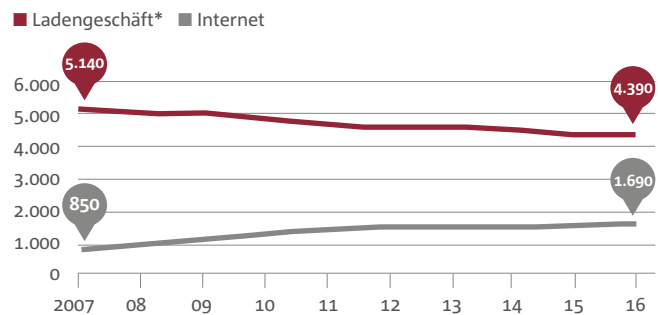
Noch immer werden deutlich mehr Bücher stationär als über das Internet gekauft. Rückläufig ist derweil die Zahl der Käufer von E-Books.

Der sogenannte Sortimentsbuchhandel hat in den vergangenen zehn Jahren einen Umsatzrückgang verzeichnet. Allerdings liegt der Umsatz, der in Ladengeschäften erzielt wird, weiterhin über dem, der im Versandbuchhandel über das Internet erwirtschaftet wird. Wie die Grafik zeigt, setzte der Internethandel mit etwa 1,7 Milliarden Euro für 2016 deutlich weniger um als der stationäre Buchhandel (4,4 Milliarden Euro, ohne Warenhäuser und sonstige Verkaufsstellen). Wie aus den Zahlen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels hervorgeht, stieg der Gesamtumsatz beider Vertriebslinien zusammen in den vergangenen zehn Jahren nur leicht, von 5,99 auf 6,1 Milliarden Euro. Derweil ist in den ersten drei Quartalen 2017 der Absatz von E-Books am Publikumsmarkt (ohne Schul- und Fachbücher) gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar um 1,7 Prozent auf 20,5 Millionen E-Books gestiegen, der Umsatz allerdings ging um 4,6 Prozent zurück.

Dieses Minus kommt dadurch zustande, dass sowohl die Zahl der Käufer als auch der durchschnittlich von ihnen bezahlte Preis sinken: Nur noch 3,1 Millionen Menschen – und damit 7,9 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum – kauften E-Books. Der Anteil von E-Books an den Gesamtumsätzen im Buchmarkt liegt bei 5,4 Prozent (erstes Halbjahr 2017).

Stationärer Buchhandel und Onlinebuchhandel

Geschätzte Umsätze im Internet- und Sortimentsbuchhandel in Deutschland (in Millionen Euro)



* Sortimentsbuchhandel: stationärer Handel ohne E-Commerce, Kaufhäuser und sonstige Verkaufsstellen; Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

Bankkunden

Neue Umfrage: Viele Kunden bleiben ihrem Institut treu

Eine große Mehrheit der Bundesbürger (67 Prozent) hat noch nie die Bank gewechselt. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Bankenverbands hervor.

Neben den in der Praxis bereits vielfältigen Angeboten für einen „Kontoumzugsservice“ haben Bankkunden seit September

2016 einen gesetzlichen Anspruch darauf, dass die beteiligten Banken ihnen beim Kontowechsel helfen. Von dieser Konto-wechselhilfe hat laut repräsentativer Umfrage unter rund 1.000 Bundesbürgern schon fast jeder Zweite (45 Prozent) gehört. Davon Gebrauch gemacht haben allerdings bisher die wenigsten, denn im Allgemeinen sind die Deutschen ihrer Hausbank treu. Wer schon einmal die Bank gewechselt hat (33 Prozent), gibt als Grund dafür mit jeweils rund einem Drittel „Unzufriedenheit mit der Bank“ (33 Prozent), „Kostengründe“ (31 Prozent) oder einen „Wohnortwechsel“ (31 Prozent) an.

Weiterbildung

Kostenfreie Lehrerseminare an der Frankfurt School!

Vom 26. bis 28. März 2018 finden erneut Lehrerseminare zur ökonomischen Bildung auf dem neuen Campus der Frankfurt School of Finance in Frankfurt am Main statt. Für Lehrkräfte, die aktiv das Fach Politik und Wirtschaft unterrichten, ist die Teilnahme kostenfrei! Bankpraktiker und Finanzexperten so-

wie Professoren der Frankfurt School referieren zu Themen aus Gesellschaft, Bankwirtschaft und digitalen Trends und geben Impulse, wie ökonomische Bildung in den Unterricht eingebunden werden kann. Aufgegriffen werden auch aktuelle Wirtschaftsnachrichten, beispielsweise zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunionen oder zu den Folgen der digitalen Revolution. Alle Informationen sowie Anmeldung unter: www.fs.de/lehrerseminare, Kontakt: Annette Blank, a.blank@fs.de



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Oliver Santen
Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, schulbank@bdb.de, schulbank.de
Druck: Druckstudio GmbH, Professor-Oehler-Straße 10-11, 40589 Düsseldorf | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln